



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

www.gruene-do.de

An die
Medien

Dortmund

19.08.08

PRESSEMITTEILUNG

Arbeitslosenzentrum: Letzte Chance für Laumann, CDU und FDP

Am morgigen Mittwoch wird im Sozialausschuss des Landtags erneut und abschließend über die Zukunft der Arbeitslosenzentren diskutiert. Bekanntlich sind auch das Dortmunder Arbeitslosenzentrum sowie das Frauenzentrum Huckarde von der Streichung der Landeszuschüsse zum 30. September betroffen. Die GRÜNEN im Rat fordern erneut die Rücknahme der Streichungen.

Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN und Vorsitzende des Sozialausschusses:

„Viele Dortmunder und Dortmunderinnen werden morgen aufmerksam nach Düsseldorf schauen. Denn die Sitzung im Landtag ist sozusagen die letzte Chance für Arbeitsminister Laumann und die CDU/FDP-Landesregierung, sich doch noch auf die Seite der Arbeitslosenzentren und der betroffenen Menschen zu stellen und die Kürzungen zurück zu nehmen. Sollte das trotz aller Proteste nicht passieren, dann droht in Dortmund und darüber hinaus das Aus für landesweit 68 Arbeitslosenzentren und 60 Arbeitslosenberatungsstellen. Das ist unverantwortlich, weil gerade auch das ALZ und die Frauenberatungsstelle in Huckarde eine wichtige und nicht zu ersetzende Hilfestellung für viele von Arbeitslosigkeit Betroffene bieten.“

CDU und FDP im Land hatten bei der Streichung der Zuschüsse den schwarzen Peter der weiteren Finanzierung wieder mal auf die Kommunen und ARGEN abgewälzt. Und das in einer Situation, in der viele Städte nicht die Möglichkeiten haben, ständig die finanziellen Versäumnisse des Landes auszugleichen. Das bestätigt auch ein aktuell vom Arbeitsministerium vorgelegter Bericht über die Situation der Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren. Daraus geht hervor, dass nur jede dritte Einrichtung in NRW über den 30. September hinaus ihre Arbeit vollständig oder in wesentlichen Teilen weiter finanzieren kann.

Birgit Unger: „Das zeigt die ganze Dramatik der Situation. Weil wir die Uneinsichtigkeit der Landesregierung bereits im letzten Jahr befürchtet haben, haben wir gemeinsam mit der SPD Verwaltung und ARGE gebeten, zusammen mit dem Arbeitslosenzentrum und der Frauenberatungsstelle nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Die landesweiten Ergebnisse des oben genannten Berichts zeigen deutlich, dass das nicht nur in Dortmund schwierig ist. Schon jetzt unterstützt die Stadt das Arbeitslosenzentrum mit jährlich 30.000 Euro für Sachmittel sowie Räumlichkeiten. Wir setzen darauf, dass es darüber hinaus in den Gesprächen gelingen wird, eine Lösung zu finden, die den Beratungsstellen eine Zukunft auch über den 30. September bietet.“